



Emissionshandel ab 2013 – Konsequenzen für Energiewirtschaft und Industrie in Deutschland

Die Europäische Kommission hat am 23.1.08 ein Energie- und Klimaschutzpaket vorgestellt, mit dem sie das klimapolitische Ziel des EU-Gipfels von März 2007 umsetzen will: EU-weite Treibhausgas-Emissionsminderung um 20 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 – zu erhöhen auf 30 Prozent, wenn andere entwickelte Länder sich zu vergleichbaren Reduzierungen verpflichten und Schwellenländer einen angemessenen Beitrag entsprechend ihrer Verantwortung und Fähigkeit leisten, was bisher nicht der Fall ist.

Energiewirtschaft und Industrie leisten ihren Beitrag zu diesem Ziel durch den **Emissionshandel**. Er ist daraufhin angelegt, die Menge an **Zertifikaten** von Handelsperiode zu Handelsperiode weiter zu verknappen. **Die EU-Kommission will sie von 2013 bis 2020 jährlich linear und EU-einheitlich kürzen, bis 2020 um 21 Prozent gegenüber 2005**. Der besondere Anteil Deutschlands an der Lastenverteilung in der EU zwischen 1990 und 2005 wird dadurch nivelliert. Emittenten außerhalb des Emissionshandels, z.B. Straßenverkehr und Landwirtschaft, sollen bis 2020 gegenüber 2005 EU-weit um 10 Prozent, in Deutschland um 14 Prozent gekürzt werden.

Falls das EU-weite Gesamtminderungsziel von 1990 bis 2020 von 20 auf 30 Prozent erhöht wird, wird es noch weniger Zertifikate geben.

Auktionen sollen **alle Zertifikate für die Stromerzeugung** weiter verteuern, sie bedeuten brennstoffunabhängige Zertifikate-Preise. CO₂-intensive, kohlenstoffbasierte Brennstoffe würden so aus dem Energiemix gedrängt. Diese politische Verteuerung des Brennstoffs Kohle durch den Emissionshandel führt schon heute dazu, dass noch nicht begonnene größere Kraftwerks-Neubauprojekte auf Eis gelegt werden. Solche Fehlanreize bewirken kurzfristig, dass alte Kohlekraftwerke mangels Neubau länger am Netz bleiben und der Strom ineffizienter und damit umweltschädlicher erzeugt wird. Mittelfristig wird uns mit den nicht gebauten Kohlekraftwerken der Strom fehlen und teurer werden.

Energieintensive Industrien sollen 2013 grundsätzlich 20 Prozent ihrer Zertifikate ersteigern, jährlich zu steigern bis 2020 auf 100 Prozent Auktionierung. Anlagen von Industrien, bei denen ein "signifikantes Produktionsverlagerungsrisiko" in Länder außerhalb der EU besteht, sollen ihre Zertifikate zwischen 2013 und 2020 bis zu 100 Prozent kostenfrei zugeteilt werden können, wenn genug zur Verfügung stehen. Für welche Branchen das gilt, will die EU-Kommission bis Mitte 2010 bestimmen. Bis

dahin fehlt für Investitionen die Planungssicherheit. **Vor höheren Strompreisen wegen der Verteuerung der Kohleverstromung kann diese Klausel die Industrie nicht schützen.**

Noch in der letzten Woche bestand in der EU-Kommission die Absicht, möglichst alle Zertifikate für die energieintensive Industrie über ein Auktionsverfahren zu verteilen. Aufgrund von Interventionen der Bundesregierung und anderer wurde dies abgeschwächt. **Hubertus Schmoldt schrieb als Präsident der Europäischen Föderation der Bergbau-, Chemie- und Energiegewerkschaften EMCEF deswegen am 15.01.08 dem Präsidenten der EU-Kommission José Manuel Barroso und den zuständigen Kommissaren und bat sie, die Auswirkungen der vorgesehenen Zuteilungsmethode auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu prüfen und von einer Auktionierung Abstand zu nehmen.**

Die IG BCE will, dass Deutschland ein wettbewerbsfähiger und umweltfreundlicher Industriestandort bleibt. Deshalb treten wir für Nachhaltigkeit ein, für Klimaschutz und eine zukunftssichere Energieversorgung. Die Antwort auf den Klimawandel kann nur eine nachhaltige Klima-, Industrie- und Energiepolitik sein, die Klima tatsächlich schützt, industrielle Entwicklung und Innovationen fördert, eine langfristige, umwelt- und klimaverträgliche Energieversorgung sichert und sozialen Fortschritt voranbringt. Der Industriestandort Deutschland ist angewiesen auf international abgestimmte Ziele und Instrumente zur Emissionsminderung, verlässliche Rahmenbedingungen für industrielle Innovationen und Investitionen sowie wettbewerbsfähige Strompreise. Die IG BCE will eine Industriegesellschaft, in der soziale, ökonomische und ökologische Werte gleichberechtigt nebeneinander gefördert werden. Auch die IG BCE dafür ein, sich ehrgeizige Ziele beim Klimaschutz zu setzen. Aber sie müssen realistisch und erreichbar sein.

Unsere Kraftwerkstechnik liegt mit Wirkungsgraden von bis zu 47 Prozent an der Weltspitze. Wenn die Politik den neuen, effizienten Kohlekraftwerken nicht mit der Ausgestaltung des Emissionshandels die Planungssicherheit und Konkurrenzfähigkeit nähme, ließe sich die Energieeffizienz in der Stromerzeugung in Deutschland in den nächsten 15 Jahren um 10 Prozent steigern. Weltweit sind die Möglichkeiten noch viel größer, weil der durchschnittliche Wirkungsgrad international nur bei gut 30 Prozent liegt.

Wir brauchen alle Energieträger, die wir in Deutschland und in Europa heute nutzen, um auch in Zukunft eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung gewährleisten zu können:

Trotz aller Akzeptanzprobleme lassen sich die CO₂-Minderungspotenziale der **Kernkraft** nicht leugnen. Deshalb halten wir es für sinnvoll, statt einer einfachen Addition von Jahren die Restlaufzeit der Kernkraftwerke vom Sicherheitsnachweis der Anlagen abhängig zu machen.

Wir brauchen **erneuerbare Energien.** Wir müssen und wir werden sie weiter ausbauen. Aber wir müssen sowohl das Potenzial als auch die Kosten erneuerbarer Energien realistisch betrachten. Selbst wenn die hoch ambitionierten Ausbauziele von EU und Bundesregierung für die erneuerbaren Energien erreicht würden, bleiben 2020 immer noch mindestens 70 Prozent des Stroms aus anderen Quellen zu erzeugen.

Am Energieträger Kohle führt kein Weg vorbei. Stein- und Braunkohle decken die Hälfte der deutschen Stromversorgung. Der Energieträger Kohle bleibt in Deutschland wie in Europa und weltweit auf viele Jahrzehnte unverzichtbar. Wir brauchen stabile und verlässliche Rahmenbedingungen für die Kohlereviere, Investitionen in den Ersatz und den Zubau von Kraftwerkskapazitäten. **Der Emissionshandel darf die Wirtschaftlichkeit der Braun- und Steinkohleverstromung nicht in Frage stellen.**

Der Strompreis droht für die energieintensive Industrie zum entscheidenden Kriterium zur Verlagerung der Produktion in andere Länder werden, die mit günstigeren Energiepreisen locken. Das gilt für die Metallerzeugung ebenso wie die Chlorelektrolyse in der chemischen Industrie. In der Zement- und Kalkindustrie und in der gesamten Glasindustrie sind die Energiekosten zum Teil höher als die Arbeitskosten. Solch einem Prozess der Deindustrialisierung in Deutschland und Europa muss entgegen gewirkt werden. Entscheidend wird dafür eine rasche Ausweitung des Stromangebots durch Nettozubau von Erzeugungs- und Leitungskapazität sein.

Der weltweite Kohlendioxid-Ausstoß wird steigen, allein schon wegen der wachsenden Weltbevölkerung. Schon heute verursachen China und Indien zusammen fast 20 Prozent der CO₂-Emissionen, obwohl dort die Werte pro Kopf der Bevölkerung deutlich unter denen der Industrieländer liegen. Darin liegt auch eine Chance. Industrieländer wie Deutschland können die innovative Technik zur Verfügung stellen, die weniger entwickelten Ländern die Möglichkeit gibt, Wohlstand zu mehren und die Umwelt weniger zu belasten. **Es wäre effizienter und sinnvoller, in solchen Ländern Projekte zur Treibhausgasreduzierung auszubauen, statt hierzulande mit wettbewerbsverzerrenden Instrumenten die Kohleverstromung unwirtschaftlich zu machen und in den industriellen Kernländern der EU zusammen mit den Emissionen die Industrie zurückzufahren.** Das Kioto-Protokoll bietet die Instrumente für diese Art der weltweiten Zusammenarbeit beim Klimaschutz. Allein das Potenzial einer Zusammenarbeit mit Russland ist mit 1,5 Milliarden Tonnen CO₂ größer als das gesamte Minderungsziel der 15 alten EU-Länder. **Aber die EU-Kommission will für Zertifikate aus solchen Projekten ab 2013 neue Restriktionen einführen, statt sie zu erleichtern!**

Industrie bleibt Basis für Wachstum und Wohlstand - Entscheidungen allein auf der Basis wechselnder Stimmungen können wir uns nicht leisten. Diese Gefahr besteht aber. Die Energiepolitik droht in einer von Emotionen bestimmten Politik zur Unterabteilung der Klimapolitik zu verkümmern.

Industrieprojekte vom Pipelinebau über Werkserweiterungen bis zu Kraftwerksneubauten stoßen auf Akzeptanzprobleme, die zunehmend von populistisch agierenden Politikern aufgenommen und verstärkt werden. Es ist dringend erforderlich, dass die Politik in Deutschland und Europa klar für den Industriestandort Position bezieht. Es gehört auch zu ihrer Verantwortung, deutlich zu machen, welche hohe Bedeutung die industrielle Entwicklung für unsere Zukunft hat. Ohne industrielle Basis in Deutschland hat auch eine Dienstleistungsgesellschaft keine Zukunftsperspektive, in Deutschland so wenig wie in der Europäischen Union. Industrielle Entwicklung war und bleibt die wesentliche Quelle des Wohlstandes in der gesamten Weltgesellschaft.

Wenn wir klimapolitische Ziele formulieren, die unsere Industrie bewältigen kann, können wir beides erreichen: Die Erderwärmung abbremsen und das Wirtschaftswachstum aufrechterhalten. Die heute von der EU favorisierten klimapolitischen Instrumente bergen aber die Gefahr, unsere Industrie zu schwächen statt zu stärken.

Die IG BCE fordert daher:

- Nachhaltige, international abgestimmte Emissionsminderungsziele ohne Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der deutschen Industrie
- Brennstoffspezifische Zuteilungsregelungen und Planungssicherheit für neue Kraftwerke im Emissionshandel ab 2013 statt Blockade des Kraftwerkserneuerungsprogramms durch Auktionierung
- Industriepolitik statt Dekarbonisierung und Deindustrialisierung

Die EU-Kommission hat ihre Vorschläge zum Emissionshandel vorgelegt. Entscheiden werden darüber die Regierungen der Mitgliedsstaaten im Umwelt-Ministerrat und das Europäische Parlament. Wir werden die nächsten Monate zu nutzen haben, um insbesondere diesen Politikern die Konsequenzen ihrer Entscheidungen zu verdeutlichen und auf eine wirklich nachhaltige und industrieverträgliche Ausgestaltung des Emissionshandels zu drängen.

Ansprechpartner:

Dr. Ralf Bartels

VB 1 – Abt. Wirtschaftspolitik und Industriegruppen

Ressort Bergbau- und Energiepolitik

Tel. 0511-7631-417

E-Mail: ralf.bartels@igbce.de

Weitere Infos: www.igbce.de

Stand: 24. Januar 2008